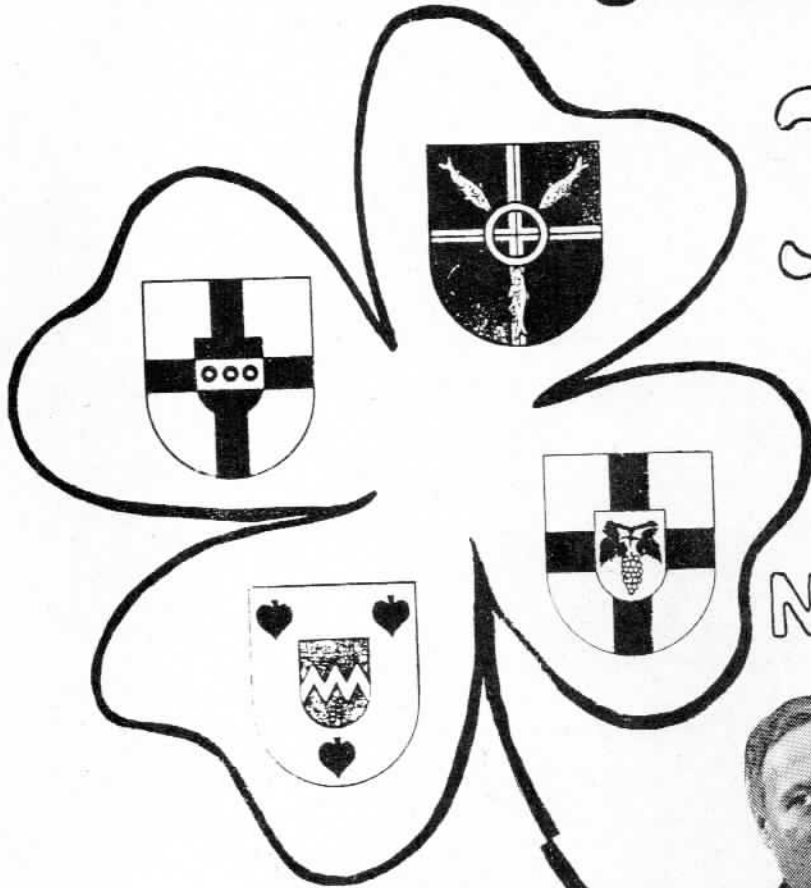


Der neue Weg: Oskar Lafontaine

Kleeblatt

NR.9 NOVEMBER 1990



Siemal
gebe ich beide
Stimmen der
SPD!

2. Ser.
- SPD -
was denn sonst?

Er müsste
SPD-Frauen
in den
Bundestag

Wahl 'ne Qual?
Ne - SPD!



SIE WÄHLEN SPD

Immer langsam voran



Ja, tatsächlich, es gibt sie schon in Allensbach: die verkehrsberuhigten Zonen.

Zumindest wurden dort Schilder aufgestellt. Aber sonst zeigte der Gemeinderat weder Phantasie, Gestaltungswillen, noch die Einsicht in die Wichtigkeit der Verkehrsberuhigung. Man verhielt sich ziemlich ruhig bei der Verkehrsberuhigung - ganz im Gegensatz zu den Autofahrern, die mittags um 12.00 Uhr mit 50 km/h und mehr zum Mittagessen düsen, um vielleicht damit eine ganze oder eine dreiviertel Minute Zeit "einzusparen".

Zu Lasten von wem? Etwa der Kinder, die auf dem Heimweg sind?

Wenn dann an der Heckscheibe noch das Schild "Kinder haben keine Bremse" oder "Ein Herz für Kinder" klebt, dann kann einen gewaltig der Zorn packen.

Seit längerem schon moniert die SPD-Fraktion, daß mit den 'Zone 30' - Schildern allein die Verlangsamung des Verkehrs nicht erreicht wird. Weitere deutlich sichtbare Hinweise müßten auf den Straßen angebracht werden. Es gibt ja so viele gute Beispiele in den Nachbargemeinden dafür.

Doch statt dessen mußten sich die SPD-Gemeinderatsmitglieder einiges mitanhören, so auch die "sachliche" Frage, ob die auf die Straßen aufgemalten Zeichen dann ein Teil des Wettbewerbs "Unser Dorf soll schöner werden" seien.

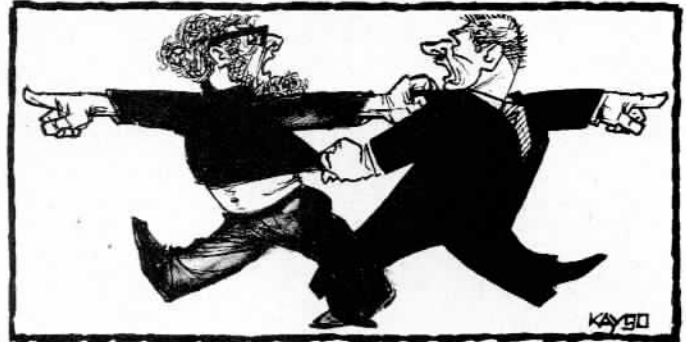
Vorgebracht wurde auch das Argument, das Landratsamt habe es gar nicht gern, wenn auf den Straßen herumgemalt werde. Die Verordnungen seien eben mal so. Sind sie wirklich so?

Die telefonische Anfrage der SPD-Fraktion beim Landratsamt, wie es denn sei mit zusätzlichen Hinweisen in 30-km-Zonen, ergab eine recht aufschlußreiche Antwort:

Alles ist möglich, und es liege bei der Gemeinde, welche Maßnahmen sie für wirkungsvoll halte. Allerdings dürften keine amtlichen Gebotsschilder auf die Straße aufgemalt werden.

Trotz dieser von uns im Gemeinderat (Anfang September) vorgebrachten Information - sie wurde übrigens leicht angezweifelt - und trotz unserer Argumente, wurde der SPD-Antrag abgelehnt. Warum der Zweifel?

Nun - da blicken wir mal in Richtung Konstanz ins Landratsamt. Dort lagen die Verwaltungsvorschriften, die seit 1. Ja-



nuar 1990 gültig sind und den Gemeinden viel mehr Spielraum für die Planung von Zonen-Geschwindigkeitsbeschränkungen und für deren Gestaltung einräumen, bereits seit Monaten auf dem Schreibtisch. Wir fragten wieder beim Landratsamt nach. Die Antwort: "Wir sind gerade dabei, die Gemeinden darüber zu informieren".

Da mußte tief Luft geholt werden. Denn wären die neuen Vorschriften bei der Sitzung schon vorgelegen, hätten die Vorschläge der SPD zum Beispiel für deutliche Signale am Beginn einer verkehrsberuhigten Zone nicht mehr so leicht vom Tisch gewischt werden können.

Übrigens: Jetzt sehen wir noch einen weiteren Grund für das große Interesse der Gemeinde Allensbach an der Beibehaltung des Interregio-Halts:

Bürgermeister Kennerknecht hofft sicher, daß in Zukunft die Kuriere des Landratsamtes nur noch acht Minuten für die Übermittlung von neuen Vorschriften benötigen und nicht mehr neun Monate!



IMPRESSUM:

Hrsg.: SPD-Ortsverein
Allensbach

Red.: Christa Ulmer
Rosemarie Frei
Kurt Müller

Ralph-Thomas Pretner

Anschrift der Redaktion:

Wiesenstraße 11
7753 Allensbach

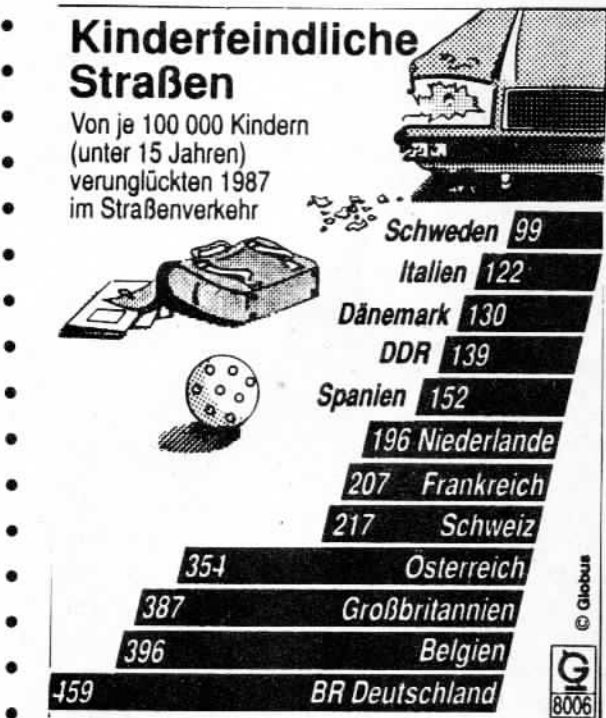
Druck: Romer, KN

Unseren Kindern zuliebe

Tempo 30 - Auf dem Weg zur kinderfreundlichen Gesellschaft

Die Umwandlung der Straßen in Kaltbrunn zu Zonen mit "Tempo 30" war zunächst ein wunderbarer Gewinn. Wenn wir uns nun auch alle daran halten würden, wäre eine bessere Sicherheit für unsere Kinder gegeben. Leider erweist sich die Einhaltung des Tempos als Farce.

Zunehmend brausen die Autos durch Kaltbrunn mit überhöhten Geschwindigkeiten, die vor Kurven abrupt abgebremst werden. In den letzten Wochen sind in Kaltbrunn im Bereich des Kindergartens 3 Katzen totgefahren worden. Muss es erst soweit kommen, daß ein Kind auf dem Weg vom oder in den Kindergarten ein Opfer des Straßenverkehrs wird?



Es geht nicht länger an, daß Autofahrerinteressen wichtiger als Kinderbelange sind. Der Anspruch der Autofahrer, die Straße für sich zu reservieren und sie zu benutzen, wie immer sie wollen, ist für die Kinder eine inhumane Forderung. Für mich ergibt sich ganz klar die Überlegung, daß nur durch direktes Einwirken auf den Verkehrsfluß, nur durch Reglementierung mehr Sicherheit gegeben ist.

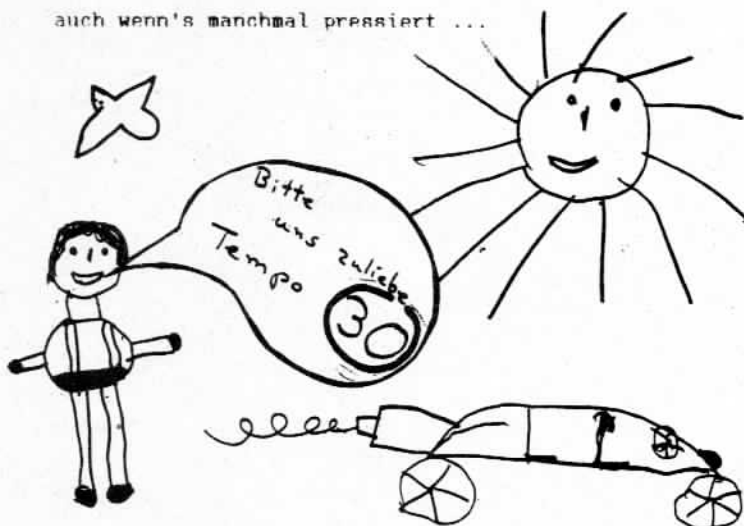
An die Vernunft zu appellieren scheint in unserer autobezogenen Umwelt nicht möglich zu sein! Ich weiß durch Gespräche mit anderen Eltern von der gemeinsamen Angst um unsere Kinder, wenn sie im Dorf unterwegs sind. Deshalb unsere Forderung:

- unbedingtes Einhalten von Tempo "30"
- deutlichere Hinweise auf die Tempozone, z.Bsp. Aufmalen der "30" auf die Straße
- Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei
- Veränderung der Straßenstruktur (Pflasterungen; ggf. Verengung der Straße, sei es optischer Natur oder durch Begrünung; evtl. alternierendes Parken).

Es gibt Fachleute, die sich mit Dorfplanungen beschäftigen und bessere Ideen und Vorschläge haben. Ich bitte alle bei den Bemühungen und Gedanken für eine kindgerechte, sichere Umwelt mitzuhelfen und bin zu Diskussionen und gemeinsamen Aktivitäten bereit.

• • • • • Renate Hipp

auch wenn's manchmal presiert ...



Es gibt keine verkehrsgerechten Kinder. Ihr Verhalten im Straßenraum wird durch schnell wechselnde, gerade aktuelle Bedürfnisse gelenkt.

Die Gemeinde hat unseren Wunsch nach Tempo "30" unterstützt; die Zonen sind eingegrenzt durch Schilder, der Verkehrstropfen in der Kurve Wiesenstraße/Zur Breite ist aufgezeichnet.

Doch das Resultat ist kaum und zunehmend weniger ersichtlich. Seit in Kaltbrunn ein Mehrfamilienhaus gebaut wird ist die Straße zum Kinderspielplatz zugesperrt, die Kurve zum Spielplatz hin total unübersichtlich.

Interview: Wilma Römer

von Ilse Willauer

Wilma Römer, die den Kreis Konstanz im Bundestag vertreten will, wurde in Mähren/CSFR geboren. Sie ist 48 Jahre alt, Anwaltsgehilfin, verwitwet und hat einen Sohn.

Kleeblatt: Wir alle müssen mithelfen, der fortschreitenden Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Nach wissenschaftlichen Aussagen haben 50 % der Umweltzerstörung mit der Umwandlung von Primärenergie zu tun. Wie kann der Energieverbrauch verringert werden? Wie will die SPD dies erreichen?

W.Römer: Obwohl wir seit langem wissen, daß die Energieverschwendung nicht nur unsere Ressourcen verzehrt und unsere Umwelt schädigt, sondern daß es durch die Schadstoffabgaben in die Atmosphäre zu menscheitsbedrohenden Klimaveränderungen und daher zum Ozonloch kommt, ist nichts wirklich Entscheidendes geschehen, um dieser Gefahr zu begegnen.

In unserem Programm zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zeigen wir neue Wege auf. Wir wollen :

- durch erhöhte Energiesteuer, insbesondere auf fossile Brennstoffe, einen Rückgang des Verbrauchs erreichen,
- gleichzeitig jedoch die zu hohe Besteuerung der Arbeitseinkommen verringern,
- die Kfz-Steuer völlig abschaffen und
- höhere Kilometerpauschalen für Pendler einführen, die nicht auf den öffentlichen Personenverkehr umsteigen können.

Wir wollen also einen sozialen Ausgleich schaffen, auch für Nichtsteuerpflichtige. Wir wollen umweltfreundliches Verhalten "belohnen", umweltschädigendes jedoch belasten bzw. auch bestrafen, z.B. bei der Produktion von Gütern.

Durch Umweltabgaben und Umweltordnungsrecht werden wir marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen, um von der Reparatur- zur Vorsorgepolitik zu kommen. Dies bedingt natürlich Ausbau und Forschungsförderung alternativer, erneuerbarer Energien als auch verstärktes Schwergewicht auf öffentliche Verkehrsmittel für Mensch und Güter.

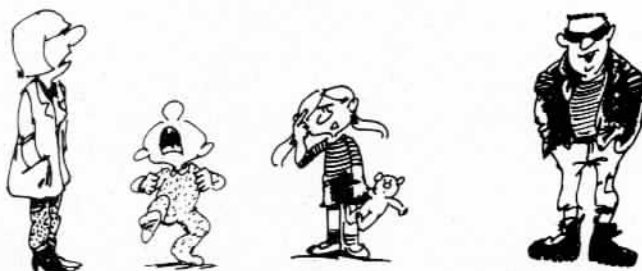
Kleeblatt: Welche Vorschläge hast Du, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen zu erleichtern?

W.Römer: Es ist wirklich ein Trauerspiel, daß in unserer Republik, die zu den Spitzenreitern der Industrienationen zählt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor ein solch großes Problem darstellt.

Im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn und der EG liegt in diesem Punkt nur noch Portugal hinter uns!

Wir werden das, was Familienministerin Lehr nicht durchsetzen konnte, verwirklichen, nämlich die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder im entsprechenden Alter. Ebenso werden wir unsere Kraft auf allen politischen Ebenen für mehr gute, "kleingruppige" Ganztageseinrichtungen einsetzen, wobei hier in Baden - Württemberg die Landesregierung sich aus ihrer Verantwortung stiehlt und den Kommunen diese Aufgaben "überläßt". Kinderbetreuungseinrichtungen sind jedoch nicht unter dem Aspekt der Berufstätigkeit von Eltern zu sehen. Unsere Kinder haben in einer sich wandelnden Gesellschaft Anspruch auf andere Kinder, auf Spielgefährten und auf soziales Lernen und Erfahrung in der Gemeinschaft.

Erwerbstätige Mütter und Väter sollen mehr Sonderurlaub als bisher bei Erkrankung ihrer Kinder erhalten; auch den Erziehungsurlaub werden wir langfristig auf bis zu drei Jahre ausbauen.



Kleeblatt: Gesteigerte Pflegekosten, Pflegenotstand in Heimen, fehlende Angebote in den ambulanten Diensten sind Themen, die nicht nur die ältere Bevölkerung interessieren.

Welche Vorstellungen hat die SPD zur Sicherung im Falle der Pflegebedürftigkeit?

Hat die SPD ein Konzept zur Verbesserung der Altenhilfe?

W.Römer: Der Pflegenotstand ist neben der Wohnungsnot ein sozialpolitischer Skandal, der einer humanen und solidarischen Gesellschaft unwürdig ist!

Wir werden daher eine - längst überfällige - gesetzliche Pflegeversicherung einführen, in die auch diejenigen Pflegeleistungen übernommen werden sollen, die durch die sogenannte Gesundheitsreform in die gesetzliche Krankenversicherung eingeführt wurden.

Zunächst ist vorgesehen, aus dieser Versicherung ein nach dem Grad der Pflegebe-

dürftigkeit gestaffeltes Pflegegeld an die Betroffenen zu bezahlen und zwar unabhängig, ob Heim- oder Hauspflege vorliegt. Damit wollen wir die Zahl derjenigen Betroffenen in Heimen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, verringern, was natürlich auch den Sozialhilfeträgern erhebliche Entlastung bringen würde.

Pflegepersonen, die häusliche Pflege ausüben, werden in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen, wenn sie wegen der Pflege an der Ausübung einer Erwerbstätigkeit gehindert sind.

Ich halte dies - wie die Anrechnung von Erziehungszeiten! - für einen äußerst wichtigen Aspekt; sind es doch gerade die Frauen, die aufgrund von Erziehung und Pflege in der Familie meist gar keine oder nur geringe Rentenansprüche aufbauen können. Hier muß endlich mehr Gerechtigkeit geschaffen werden!

Kleeblatt: Wir danken Dir für das Gespräch, Wilma!

Müllnotstand überall

Wohin mit dem Müll? Diese Frage stellen sich nicht nur Städte und Gemeinden, die mit einem jährlichen Müllberg von über 250 Millionen Tonnen fertig werden müssen.

Auch der Verbraucher steht seinem privaten Müllberg zunehmend machtlos gegenüber. Alle Appelle an die Industrie haben bisher noch nicht den notwendigen Erfolg gebracht - auch wenn Sparpackungen und Nachfüllbeutel sich allmählich durchsetzen.

Während Bundesumweltminister Töpfer der Wirtschaft lediglich damit droht, das Pflichtpfand bei Einweggetränkeverpackungen verstärkt einzuführen, will die SPD-Arbeitsgruppe "Fortschritt 90" Nägel mit Köpfen machen.

Künftig soll auf Einwegpackungen, die aus Glas oder Kunststoffverpackungen bestehen, eine Abgabe von 50 Pfennigen pro Gefäß, auf Dosen und Kartonverpackungen 20 Pfennige erhoben werden. Dadurch soll die Industrie gezwungen werden, das Mehrwegsystem bei Verpackungen wieder stärker zu nutzen. Das Geld, das aus dieser Abgabe in die Kasse kommt, soll gezielt für Recyclingprojekte, neue Verfahren zur Verringerung des Müllaufkommens, Altlastensanierung und Investitionen für neue Entsorgungstechnologien verwendet werden.

Aber in Allensbach ist doch alles viel besser! Wirklich?

Wenn wir weiter so auspacken, können wir einpacken.



Sehr lobenswert sind die Initiativen der Gemeinde Allensbach in Sachen Müll. Seit Monaten wirbt Bürgermeister Kennerknecht für die Reduzierung der Müllmenge, betreibt sachgerechte Aufklärung über Müllverwertung und Müllvermeidung.

Tatsache ist jedoch, daß die gesamte Abfallmenge nicht weniger, sondern mehr geworden ist.

Wir leben in einer Wegwerfgesellschaft, doch die Zeitbombe Müll-Kollaps tickt bereits.

Wir SozialdemokratInnen begrüßen und unterstützen das Projekt Recyclinghof (zu deutsch: Abfallsammel- und Verwertungsstation).

Das Recycling kostet uns alle eine Menge Geld und weitere Zuschüsse werden notwendig sein um vor allem die besonders problematischen, weil sehr aufwendig bzw. bisher noch nicht wiederverwertbaren Kunststoffe zu "entsorgen". Diese Stoffe sollten verboten sein!

Das Trennen der Abfälle, wichtigste Voraussetzung für Wiederverwertung der Abfallstoffe, wird künftig lebensnotwendig, denn die Kapazität der Mülldeponien ist bald erschöpft. Gegen neue Lagerstätten in der Nähe von Wohnungen oder in freier Natur wehren sich die Betroffenen mit Recht.

Jeder produziert Müll, doch keiner will ihn haben.

Auch die Müllverbrennung ist keine Alternative, weil zu gefährlich für unsere Umwelt (Dioxine, Klimakatastrophe), und die giftigen Restmengen landen dann auf den Deponien.

Ein noch größeres Problem sind die gewerblichen Abfälle. Während der Haus- und Sperrmüll mit etwa 3 Mio.t jährlich in Baden-Württemberg laut Minister Vetter seit einigen Jahren stagniert, belastet der Gewerbemüll mit etwa 9 Mio.t unsere Umwelt um das Dreifache; ganz abgesehen vom Bauschutt mit 28 Mio.t, der bereits heute bei vorhandenem politischem Willen wiederverwertbar wäre.

All das vor Augen, hat eine Bürgerbefragung in Allensbach die Notwendigkeit des Müllsparens untermauert. Jeder dritte Bürger (immerhin!) ist bereit, sich selbst in die Pflicht zu nehmen. Die Hälfte der Befragten befürwortet eine Müllabfuhr alle zwei Wochen.

Diesem Votum schloß sich der Gemeinderat außer der SPD-Fraktion an. Acht Wochen lang soll die 14-tägige Abholung erprobt werden. Eine halbe Sache, wie sich zeigen wird!

Wen trifft diese Maßnahme? In erster Linie diejenigen, die sich schon heute mit 6 bis 7 Personen eine Mülltonne teilen müssen.

Was tun, wenn nach einer Woche kein Platz mehr ist? Bei 3 bis 4 Hausbewohnern reicht der Platz doppelt so lange, diese brauchen sich nicht einzuschränken. Bei den vielen 1 Familienhäusern mit 1 bis 3 Personen, die schon bisher im "Müll-Luxus" leben konnten,



«Ich jedenfalls verleihe' nie wieder etwas!»

bleibt auch bei seltener Müllabfuhr mehr als genug Müllraum, denn sie haben die gleichen 240 l Gefäße wie die achtköpfige Großfamilie.

Daher fordert die SPD - Allensbach, baldmöglichst ein System einzuführen, das wirklich zu einer Reduzierung des Mülls führt: Jeder bezahlt nur die Menge Abfall, die er selber produziert. Im Augenblick ist das schnell und wirksam nur durch das in der Bürgerversammlung vorgestellte Sacksystem zu erreichen.

Flankierend ist auch der Gesetzgeber gefordert, die Müllflut einzudämmen.

Beginnen könnte das durch eine wirkungsvolle Reduzierung des unsinnigen Verpackungswahns, besteht doch die Hälfte des Müllvolumens aus Verpackungsmaterialien. Die Rechnung für die Verpackungsflut bezahlen die Verbraucher. Sie werden dabei gleich mehrfach zur Kasse gebeten:

- einmal direkt im Laden für die Kosten der Verpackung
- zum zweiten über die Abfallgebühren für die Beseitigung als Müll und
- zum dritten über Steuern, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge für die Behebung von Schädigungen von Umwelt und Gesundheit durch Müllverbrennung und Deponierung.

Wilma Römer gibt die SPD-Position wieder: Die SPD betont seit Jahren den Vorrang der Abfallvermeidung und der stofflichen Verwertung vor der Abfallbeseitigung. Sie hat die Kohl-Regierung immer wieder aufgefordert, von den Eingriffsrechten des Abfallgesetzes in diesem Sinne Gebrauch zu machen. Dies gilt sowohl hinsichtlich schadstoffhaltiger Abfälle und Produkte, als auch hinsichtlich der Verpackungsflut, die mittlerweile einen Anteil von 50 Prozent am Hausmüll ausmacht. Zur Steigerung des Mehrweg- und Verwertungsanteils sind Kennzeichnungs-, Rücknahme- und Pfandpflichten anzuordnen.

Für Getränkeverpackungen ist eine Einwegabgabe zu verlangen.



... und am 01. Dezember
zum Glühweinstand der SPD
auf dem Weihnachtsmarkt
im Foyer der Bodanrückhalle

Wohnungsnot muß bekämpft werden

Jeder kennt das Problem, gerade hier im Konstanzer Raum, wie schwierig es ist eine Wohnung zu finden.

Keiner, der nicht schon einmal selber auf der Suche war oder nicht zumindest von Freunden oder Bekannten um Hilfe gebeten wurde. Es ist einfacher, einen Arbeitsplatz zu finden als eine Wohnung.

Man braucht sich bloß in den Zeitungen die einschlägigen Rubriken anzusehen. Dort sucht der Beamte, der Vater für die Tochter, die Firma für den Angestellten und die Familie wegen Zuwachses eine Wohnung. Angebote findet man so gut wie keine. Von freier Marktwirtschaft läßt sich hier nicht mehr sprechen. Die Vermieter können sich unter den Suchenden die passenden Mieter herausuchen.

Schwierig wird es, wenn man nicht über das nötige Kapital verfügt, um mitbieten zu können. Preiswerter Wohnraum ist so knapp, daß sich jeder glücklich preisen kann, der eine Wohnung hat.

Eine Mietwohnung wird immer mehr zum Luxus.

Diese schwierigen Lage wird man nicht gerecht, indem man auf die sogenannten Kräfte des Marktes vertraut. Dadurch wird kein Wohnraum geschaffen, den sich Durchschnittsverdiener und Einkommensschwache leisten können.

Immer mehr Mieter und Wohnungssuchende werden Opfer der neuen Wohnungsnot, explodierender Mieten, spekulativer Mietverdrängung und Mißbrauchs des Kündigungsrechts durch den Vermieter.

Die einzige Möglichkeit, um der Wohnungsnot Herr zu werden, ist eine massive Ankerbelung des Wohnungsbaus.

Es werden allein in Westdeutschland jährlich mindestens 350.000 neue Wohnungen benötigt, darunter 100.000 bis 120.000 echte Sozialwohnungen.

Im Unterschied zur Kohl-Regierung will die SPD sie mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen ausstatten. Dazu müssen für die kommenden Jahre die Bundesfinanzhilfen deutlich ausgeweitet werden.

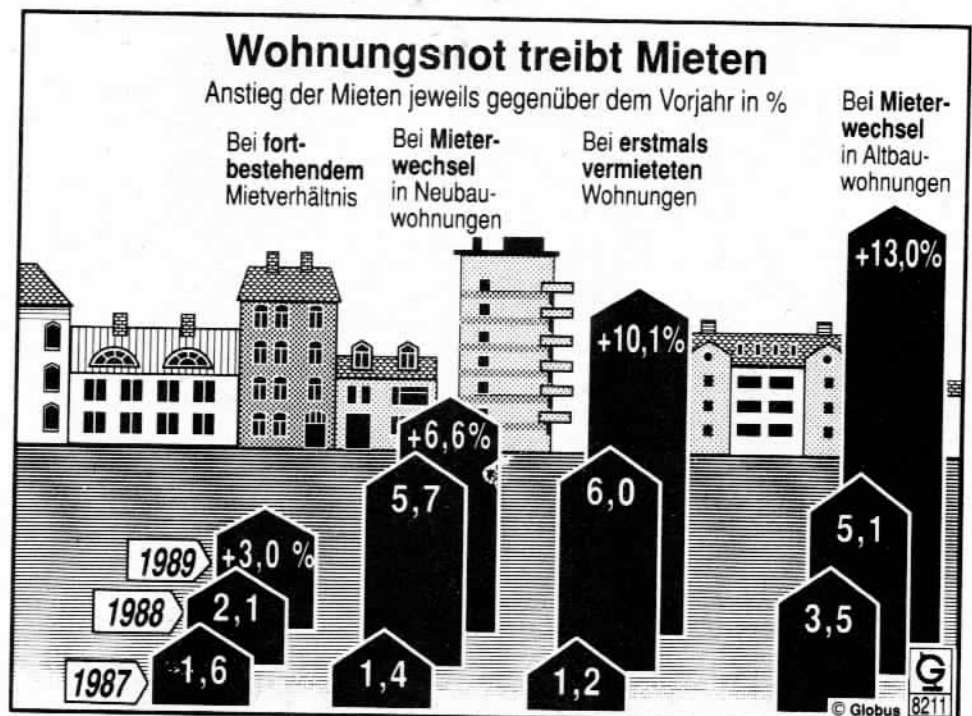
Neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus kommt es auf die Belebung der privaten Bautätigkeit an. Breite Schichten der Bevölkerung sollen in ihren eigenen vier Wänden leben können.

Dazu ist vorgesehen :

- - die Umstellung der steuerlichen Förderung vom Freibetrag hin zu einem fest kalkulierbaren Abzug von der Steuer-schuld;
- - die Erhöhung des Baukindergeldes auf 1200 Mark pro Jahr ab dem ersten Kind und eine Verstetigung auf 10 Jahre;
- - die Einführung direkter Zinshilfen;
- - die direkte Förderung von Energiespar-investitionen im Eigenheimbereich.

Daneben muß es zur Sicherung des Wohnungsbestandes ein soziales Mietrecht geben. Gerade menschenwürdiges Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis. Gegen Mietpreissteigerungen, Wohnungsspekulanten, Verdrängung durch Umwandlung und den Mißbrauch der Eigentümerposition durch den Vermieter ist ein effektiver Schutz erforderlich.

Die Erhöhung des Wohngeldes ist keine ausreichende Maßnahme, um die Mietpreissteigerungen auszugleichen. Diese sollen sich grundsätzlich im Rahmen der allge-meine Preis- und Einkommensentwicklung halten.





Roter Arnold nach Allensbach



Anders wird es sein, das Autofahren im Jahr 2000!

Eine kostengerechte Energiebesteuerung und eine neue Verkehrspolitik fordert die SPD-Bundestagskandidatin Wilma Römer.

Das geht nicht zum Nulltarif, da andere soziale Aufgaben wie Wohnraumbeschaffung, Kinderbetreuung, Müllbeseitigung die öffentlichen Haushalte bereits überfordern.

Der Individualverkehr muß zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel zurückgedrängt werden. Ganz konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) will der Konstanzer Bürgermeister Ralf-Joachim Fischer (SPD) demnächst in die Tat umsetzen. Seine These: "Die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel muß attraktiver werden". So wird eine zusätzliche Bundesbahn-Haltestelle in der Riedstraße eingerichtet, an die ein neues arbeitsplatzbezogenes Stadtbussystem über das Industriegebiet zur Fachhochschule und Universität angeschlossen wird.

Stauampeln, deutlich vor den geplagten Stadtteilen, werden den alltäglichen Stau zur Hauptverkehrszeit so lange vor Ort halten, bis sich das Verkehrsaufkommen normalisiert hat.

Öffentliche Verkehrsmittel fahren unterdessen am Stau vorbei und bringen ihren Benutzern mehr Zeit und weniger Stress.

Eine intensive Parkplatzbewirtschaftung Konstanzer Betriebe und Behörden soll die kostenlose Nutzung knappen Parkraums so teuer machen, daß ein Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel lukrativer wird. Die vereinnahmten Gebühren kämen dem ÖPNV zugute.

Genauso kann der LKW-Schwerlastverkehr über eine echte Kostenbeteiligung auf die Bahn verlagert werden, denn Güterverkehr gehört auf die Schiene!

Das vorhandene Verkehrsnetz muß intelligenter genutzt werden, indem der Bahn als Hauptverkehrsmittel flächendeckend die Kunden direkt zugeführt werden. Ein Verkehrsverbund für den Bodanrück und darüber hinaus wäre dringend geboten. Die Kosten dafür müssen durch alle beteiligten Gemeinden aufgebracht werden.

Ja meinst Du denn im Ernst, da wäre auch nur einer noch in sein Auto gestiegen, wenn wir das gewußt hätten damals?!



Warum sollten nicht Konstanzer Stadtbusse ("Roter Arnold") im Ringverkehr von Dettingen über Allensbach die Bodanrückgemeinden miteinander verbinden?

Die SPD fordert entsprechende Schritte von der Gemeinde Allensbach. So könnte der begrüßenswerte Interregio-Halt mit umfassender "Bodanrück-Anbindung" auch für die Bundesbahn lukrativer werden!

Keine Abschaffung des Automobils, so Bundestagskandidatin Wilma Römer, aber ein verantwortungsbewußter Umgang damit, sind das Ziel der SPD. Wenn alle im Stau stehen, ist es vorbei mit der individuellen Freiheit! Wenn Pendler auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, wird der Individualverkehr und die Umweltbelastung um ein erhebliches Maß reduziert.